



19. Juni 2015

Pressemitteilung

Landräte beraten über asyl- und migrationspolitische Themen:

Kostenerstattung, Unterbringung, Sprachförderung

Angesichts der weiter steigenden Zuzugszahlen haben sich die Landräte am heutigen Tag in der Hansestadt Havelberg, Landkreis Stendal, zu den aktuellen asyl- und migrationspolitischen Themen aus Sicht der Landkreise im Land Sachsen-Anhalt abgestimmt.

Im Ergebnis der Beratungen stellt Michael Ziche, Präsident des Landkreistages Sachsen-Anhalt, fest:

„Die Landkreise betrachten die Bewältigung des starken Flüchtlingsstroms als gesamtstaatliche Aufgabe und stehen ausdrücklich zu ihrer Verantwortung vor Ort. Hierbei sind wir allerdings dringend auf Unterstützung von Bund und Land angewiesen. Dass es zwischenzeitlich deutliche Signale gibt, die Kostenerstattung an die Kommunen aufzustocken und neu zu regeln, wird von den Landkreisen mit Erleichterung aufgenommen.“

Die von der Landesregierung vorgesehene Fallpauschale von 8.600 Euro pro Jahr und Asylbewerber ist aus Sicht der Landräte ein guter Schritt in die richtige Richtung. Der Betrag wird aber jährlich zu überprüfen sein. Daneben ist wichtig, dass für die Unterbringung dieses Personenkreises notwendige Investitionen mit abgedeckt und im Einzelfall auftretende, besonders hohe Gesundheitskosten von Land oder Bund übernommen werden.

Gleichzeitig fordern die Landräte Bund und Land auf, gesetzliche und organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, damit Antragsteller ohne Bleibeperspektive nicht auf die Landkreise verteilt werden müssen.

„Insgesamt betrachtet können wir zwischenzeitlich feststellen, dass das Land unseren finanziellen Erwartungen beim Thema Asyl durchaus entgegenkommen will. Im

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.komsanet.de>

Stadtparkasse Magdeburg
Kto. 37 003 087
BLZ 810 532 72

Rahmen des angekündigten Gesetzgebungsverfahrens hoffen wir daher auf ein abgerundetes Gesamtpaket, das den Landkreisen auch für die Integration und soziale Betreuung der Ausländer die notwendigen finanziellen und personellen Möglichkeiten einräumt," ergänzt Präsident Ziche.

Besondere Bedeutung für eine Integration hat aus Sicht der Landräte die Sprachförderung. Dies gilt gerade auch für die ausländischen Kinder, die natürlich der Schulpflicht unterliegen. Um hier schnell und flexibel auf den Bedarf vor Ort reagieren zu können, erneuern die Landräte ihre Bereitschaft, über die kreislichen Volkshochschulen gegen Kostenerstattung des Landes geeignete Kurse in ausreichender Zahl anzubieten.

V. i. S. d. P.:

Geschäftsführer Theel, Telefon: 0391/5653110 u. 0172/3808291